

## »Ich glaube, die Menschen haben ein falsches Bild von Haiti«

Interview mit Valerie Amos, Untergeneralsekretärin für Humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoor­di­na­to­ri­n der Vereinten Nationen, über die Rolle der UN in Pakistan, Japan und Haiti sowie die Schwierigkeiten der Koordinierung und Finanzierung humanitärer Hilfe.

**Frage: Frau Amos, seit September 2010 sind Sie Untergeneralsekretärin für Humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoor­di­na­to­ri­n der Vereinten Nationen. Im Jahr 2010 war die Welt Zeuge von zwei Mega-Katastrophen: das Erdbeben im Januar in Haiti und die Flut in Pakistan im Juli/August. Im März dieses Jahres ereilte Japan eine dreifache Katastrophe, mit einem Erdbeben, einem Tsunami und Störfällen in einigen Kernkraftwerken. Wie reagiert Ihr Amt (Amt für Humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen – OCHA) auf solche Mega-Katastrophen?**

**AMOS:** Es gibt eine Reihe von Ländern auf der Welt, bei denen man mit starken Regengüssen oder Wirbelstürmen rechnen muss. Pakistan gehört in diese Kategorie von Ländern. Der Regen kam also – dies war erwartet worden. Nicht erwartet worden war, dass der Regen nicht aufhörte und zu einer großen Flut führte. Zahlreiche Dämme brachen ein und die Wassermassen breiteten sich über große Teile des Landes aus. 20 Millionen Menschen waren davon betroffen. Die Flutkatastrophe kam noch zu den humanitären Bedürfnissen hinzu, die bereits vor einigen Jahren durch die inneren Konflikte entstanden waren. Das heißt, es gab viele Binnenvertriebene, die bereits Empfänger humanitärer Hilfe waren. Hinzu kommt, dass Pakistan viele Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen hat. Kurz: Pakistan ist ein Land, das bereits mit etlichen humanitären Problemen zu kämpfen hatte.

**Wurde OCHA nach dem Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011 von Japan um Hilfe gebeten?**

OCHA hat sofort angeboten, ein Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteam (UN Disaster Assessment and Coordination team – UNADC) zu entsenden. Es wurde losgeschickt und ergänzt nun die enormen Bemühungen der japanischen Regierung, indem es half, die städtischen Such- und Rettungsteams zu koordinieren und die Hilfsangebote der internationalen Organisationen zu priorisieren.

**Wie entscheiden Sie, was zuerst getan werden muss? Wie bekommen Sie alle Akteure an einen Tisch?**

In Pakistan haben wir ein Büro. Aber in einigen Teilen des Landes haben wir keine Leute vor Ort. Einer der ersten Schritte ist daher, sicherzustellen, dass unsere Mitarbeiter in die verschiedenen Landesteile gelangen. Dort bringen sie dann in Erfahrung, was die Bevölkerung am dringendsten benötigt. Ist es Nahrung, Medizin oder Zelte? Brauchen die Menschen Zugang zu Trinkwasser? Brauchen sie sanitäre Einrichtungen? Dann gibt es andere Partnerorganisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, die jeweils in den verschiedenen Sektoren die Leitung übernehmen. Wir nennen dies den Cluster-Ansatz. Dies bedeutet, dass immer nur eine Organisation in einem bestimmten Sektor die Leitung der Hilfsmaßnahmen übernimmt. Sie ist dafür verantwortlich, die Leute zusammenzubringen, den Bedarf festzustellen und die Verantwortlichkeiten zu verteilen.

**Wer trifft am Ende die Entscheidung?**

Dies wird auf der Landesebene entschieden, und der dort zuständige humanitäre Koordinator übernimmt die Leitung.

**Wie ist das in Japan?**

Japan ist eine andersgelagerte Notsituation, weil die Regierung über sehr gute Fähigkeiten verfügt, auf die Bedürfnisse zu reagieren und die Maßnahmen zu koordinieren. Dennoch haben wir, wie ich bereits sagte, ein Such- und Rettungsteam entsandt, das vor allem die internationalen Hilfsangebote koordiniert.



Valerie Amos und Anja Papenfuß am 23. Februar 2011 in Berlin.

Foto: Monique Lehmann

## Valerie Amos

Baronin Valerie Amos, geb. 1954, ist Nothilfe Koordinatorin der Vereinten Nationen und Leiterin des Amtes für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) im Range eines Untergeneralsekretärs. Die britische Labour-Politikerin übernahm das Amt im September 2010 von ihrem Landsmann Sir John Holmes. Zuvor war sie Hohe Kommissarin Großbritanniens in Australien. Die 56-jährige aus Guyana stammende Politikerin blickt auf über 25 Jahre Erfahrung in hochrangigen Positionen zurück, unter anderem als Kabinettsmitglied, und war zuständig für Fragen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. In dieser Position war sie auch für Reaktionsmaßnahmen bei weltweiten Krisen verantwortlich. Als britische Entwicklungshilfeministerin war Amos von 2003 bis 2007 an Friedensverhandlungen in der Demokratischen Republik Kongo, Liberia, Sierra Leone und Sudan beteiligt. Dem Britischen Oberhaus gehört sie seit 1997 an.

**Die Lage in Haiti heute, ein Jahr nach dem verheerenden Erdbeben, ist nicht so gut, wie man erwarten würde. Zusätzlich brach auch noch die Cholera aus, der mindestens 4000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Was hat die UN getan, um den Haitianern zu helfen?**

Ich glaube, die Menschen haben ein falsches Bild von Haiti. Sie vergessen, dass vor dem Erdbeben 40 Prozent der Bevölkerung Haitis keinen Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung hatten. 50 Prozent hatten keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Vor dem Erdbeben hatten wir es mit einem Land zu tun, in dem die Mehrheit der Bewohner der Hauptstadt, Port-au-Prince, in Slum-Ver-

*»Das Hauptproblem in Haiti ist, wie man von der kurzfristigen Nothilfe dazu kommt, eine Gesellschaft aufzubauen.«*

hältnissen leben. Dann kam das Erdbeben, durch das eine riesige Zahl an Menschen umgekommen ist und das bei der Bevölkerung ein Trauma ausgelöst hat. Das Land hat ein Drittel seiner Beamten verloren, was die institutionellen Kapazitäten gravierend geschwächt hat. Trotz dieser Umstände haben es die Vereinten Nationen und ihre Partnerorganisationen innerhalb von sechs Wochen geschafft, die Menschen in Unterkünfte unterzubringen und sie mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Medizin und Lehrmaterial zu versorgen. Letztes Jahr lebten noch 1,5 Millionen Menschen in Lagern. Heute sind es 800 000. Wir unterrichten noch 2,2 Millionen Kinder.

**Wie lange wird das noch notwendig sein?**

Das Hauptproblem in Haiti ist, wie man von der kurzfristigen Nothilfe dazu kommt, eine Gesellschaft

aufzubauen, in der die Menschen Zugang zu Arbeit haben und in beständigeren Behausungen wohnen. Dies sind enorme entwicklungspolitische Herausforderungen, bei denen man mit einer Regierung zusammenarbeiten muss, die sehr klare Prioritäten hat.

Ich denke, es ist wirklich wichtig, zwischen dem Einfluss zu unterscheiden, den wir auf die Notsituation hatten, und der Notwendigkeit, aus dieser Notsituation in eine Phase der längerfristigen Entwicklung des Landes zu kommen. Haiti ist ein extrem komplexes Operationsgebiet, und die Leute müssen dies verstehen.

**Sind die Vereinten Nationen immer die ersten, die gefragt werden, wenn eine Katastrophe eintritt?**

Das kommt ganz darauf an. Bei einer größeren nationalen Katastrophe, wie im Februar in Neuseeland, sind es Länder wie Australien, Großbritannien und die USA, die Hilfsteams geschickt haben. Neuseeland hat nicht nach internationaler Unterstützung durch das UN-System gefragt, weil es selber über ein gut entwickeltes Nothilfesystem verfügt.

Im Allgemeinen entscheidet das Land zumeist in den ersten paar Tagen, ob es die Krise allein bewältigen kann. Wenn nicht, wird es um internationale Hilfe bitten. Dann treten wir in Aktion.

Wenn jedoch eine Katastrophe so riesig und so problematisch ist wie im Fall Haiti und die Situation insgesamt sehr fragil ist, dann sagen die Leute einfach »Helft uns!«. Und weil Haiti so nah an den USA liegt und die USA unter anderem in der Lage waren, Hilfsgüter mit dem Militär ins Land zu bringen, haben sie zu Beginn bei der Logistik, dem Wiederaufbau des Flughafens, die Führung übernommen.

Aber auch die UN waren dort. Wir haben Systeme, nach denen wir umgehend Teams zur Unterstützung der Regierung schicken. Wir haben Erkundungsteams entsendet, die den Bedarf an Hilfsgütern abschätzen und uns berichten. Wir geben dann die Informationen weiter an die Partnerorganisationen. Dies geschieht sofort.

Innerhalb von sechs Wochen haben wir Millionen von Menschen mit Nahrung versorgt. Es braucht schließlich eine Weile, um Strukturen aufzubauen, mit denen man so viele Leute versorgen kann. Man muss auch erst einmal Personal ins Land bringen. Sie dürfen nicht vergessen, dass mehr als einhundert UN-Mitarbeiter in Haiti durch das Erdbeben ums Leben gekommen sind. Wir mussten also erst neues Personal bereitstellen, das die Strukturen aufbaut, um dann die Hilfe zu leisten.

**Wie schwierig ist es, die verschiedenen UN-Organisationen mit ihren eigenen Vorständen und eigenen Haushalten zu koordinieren? Wie sagen Sie denen, dass sie hierhin oder dorthin gehen sollen?**

Koordinierung ist niemals einfach. Wir tragen die Verantwortung für die Koordinierung, aber wir ha-

ben nicht die Autorität, den Leuten zu sagen, was sie tun sollen. Wir müssen zeigen, dass die Koordination effektiv ist und dass sie zu besseren Ergebnissen führt. Ich denke, wir alle wissen, dass es in einer Krisensituation nicht sehr effektiv ist, wenn jeder herumläuft und sein eigenes Ding macht. Man braucht eine ordentliche Koordination, in dem Sinne, dass die entsprechenden Personen zusammengebracht werden und der Bedarf festgelegt wird. Es wurden einige Verfahrensregeln entwickelt, welche der humanitäre Koordinator, die Hilfsorganisationen und die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) anwenden können, um festzulegen, was getan werden muss, um ein ganz bestimmtes Verfahren zu einer ganz bestimmten Zeit einzuleiten.

**Jedes Jahr richten Sie und der Generalsekretär einen so genannten konsolidierten Hilfsappell (CAP) an die internationale Gemeinschaft. In dem Appell für das Jahr 2010 baten Sie um 7,1 Milliarden US-Dollar. Wie schätzen Sie den Spendenbedarf ein?**

Für den konsolidierten Hilfsappell sehen wir uns die Länder an, bei denen wir glauben, dass eine konzentrierte Hilfsaktion der Vereinten Nationen, ihrer Partner und NGOs von Nöten sein wird. Dies sind Länder wie Somalia, die Demokratische Republik Kongo, Afghanistan oder die besetzten palästinensischen Gebiete. Für diese Länder machen wir eine gemeinsame Bedarfsanalyse, indem alle Parteien auf der Landesebene zusammenkommen. Sie überlegen, was in dem Land im nächsten Jahr getan werden muss. Dabei arbeiten sie ein System ab: Man prüft unter anderem, dass keine Doppelarbeit stattfindet, man hinterfragt kritisch den geschätzten Bedarf und die Anzahl der Bedürftigen. Das Landesteam leitet die Ergebnisse seiner Prüfung an unsere OCHA-Mitarbeiter in Genf weiter. Die Mitarbeiter in Genf stellen dann noch einmal kritische Nachfragen an das Landesteam. Erst wenn alle Fragen geklärt sind, fließt der dort festgestellte Bedarf in den konsolidierten Hilfsappell ein, welcher anschließend von mir, dem Generalsekretär und anderen verkündet wird.

**Wie hoch ist der Bedarf für dieses Jahr?**

Der CAP für 2011 liegt bei 7,4 Milliarden US-Dollar. Aber wir wissen, dass noch viele Dinge passieren können. Wir haben den Hilfsappell für das Jahr 2011 verkündet, doch zusätzlich hatten wir die fortwährende Krise in Côte d'Ivoire. 30 000 Ivorer flohen nach Liberia und eine geringere Zahl floh in andere Nachbarländer. Wir haben deshalb einen regionalen Hilfsappell ins Leben gerufen, für Côte d'Ivoire und die Nachbarländer. Auf diese Weise kommen die Blitzappelle (flash appeals) im Laufe des Jahres zustande. Sie werden erstellt, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse zu reagieren.

**Bekommen Sie die erbetenen Gelder?**

Das hängt von den Ländern ab. Einige der Hilfsappelle werden ausreichend gefördert, andere nicht. Zu meinen Aufgaben gehört auch, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass manche Appelle nicht ausreichend finanziell unterfüttert sind. Es ist nicht immer einfach zu verstehen, warum einige Notsituationen besser finanziell unterstützt werden als andere.

Zum anderen ist die Finanzierung auch innerhalb eines Landes nicht für alle Sektoren gleichermaßen gesichert. Es gibt Zeiten, in denen die Trinkwasser- und Sanitärversorgung sehr gut finanziert werden und es gibt Zeiten, da fehlt das Geld dafür.

**Hätten Sie dann lieber weniger zweckgebundene Spenden?**

Wir bekommen zweckgebundene Spenden für bestimmte Länder und für bestimmte Projekte innerhalb von Ländern. Das liegt daran, dass die Spender gerne wissen, wofür genau ihr Geld ausgegeben wird.

*»Wir haben nicht die Autorität, den Leuten zu sagen, was sie tun sollen.«*

Unsere Aufgabe ist es, die Aufmerksamkeit auf die unterfinanzierten Gegenden oder Projekte zu lenken, von denen wir denken, dass es absolut entscheidend ist, dass sie finanziert werden.

**Kommt für diese Fälle der Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (Central Emergency Response Fund – CERF) ins Spiel?**

Der CERF ist etwas anders gelagert. Er ist im Jahr 2005 von Mitgliedstaaten eingerichtet worden, die davon überzeugt waren, dass die UN einen Fonds bräuchten, um UN-Hilfsorganisationen schnell mit Geld zu versorgen. Wenn eine Katastrophe wie in Haiti passiert, brauchen das Kinderhilfswerk oder das Welternährungsprogramm sofort Geld. Sie können nicht darauf warten, dass Anfragen von ihren Exekutivräten genehmigt werden. Der CERF ist daher genau für diese Soforthilfe gedacht. Wir in OCHA verwalten ihn im Namen der internationalen Gemeinschaft. Der Fonds ist auf 450 Millionen US-Dollar pro Jahr ausgelegt. Wir bekommen im Schnitt um die 430 Millionen US-Dollar pro Jahr zusammen. Dieses Geld wird für die Notsituationen eingesetzt.

**Wo genau wurde das Geld eingesetzt?**

Letztes Jahr waren es in erster Linie Haiti und Pakistan, aber auch Situationen, die nicht so bekannt waren. Benin zum Beispiel hatte letztes Jahr eine riesige Flut. Das halbe Land stand unter Wasser. Dies kam nicht in die Schlagzeilen, aber für Benin war das eine schwierige Situation. Die UN hat die Hilfsarbeiten

finanziert. Weiteres Geld ging an Madagaskar, das von einer Heuschreckenplage heimgesucht worden war. Und in Nigeria gab es Bleivergiftungen, bei denen Kinder ums Leben kamen. Die medizinische Hilfe haben wir finanziert.

**Spenden sind unkalkulierbar. Wäre es nicht besser, die humanitäre Hilfe würde ganz aus dem ordentlichen UN-Haushalt finanziert? Zurzeit sind es, glaube ich, nur knapp zehn Prozent?**

Es sind weniger als das. Nur sechs Prozent kommen aus dem ordentlichen Haushalt der UN. Eines der strategischen Kernziele des Generalsekretärs für dieses Jahr ist, die humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen zu verbessern. Auf humanitäre Krisen zu reagieren ist eine riesige Aufgabe, und trotzdem spiegelt sich dies nicht in dem ordentlichen Haushalt wider, den wir bekommen. Natürlich hätte ich gern einen größeren Anteil des ordentlichen UN-Haushalts. Es ist allerdings auch so, dass angesichts der Tatsache, dass es wahrscheinlich keine Erhöhung des UN-Haushalts geben wird, dieses Geld in anderen Teilen des UN-Systems eingespart werden müsste. Ich werde weiter auf einen größeren Anteil des Haushalts hinwirken, aber ich denke, dass dies kurzfristig nicht zu erreichen sein wird.

**Welche Art Unterstützung wünschen Sie sich von Deutschland?**

Deutschland unterstützt uns bereits im CERF. Es finanziert auch das OCHA und einige Landesbüros mit. Ich möchte, dass diese Unterstützung fortgeführt und erhöht wird. Einer der Bereiche, auf die wir uns als Organisation stärker konzentrieren wollen, ist die Vorsorge und die Verringerung des Katastrophenrisikos. Nächstes Jahr wird Deutschland den Vorsitz der Geber-Unterstützungsgruppe von OCHA übernehmen. Ich hoffe, dass Deutschland während seines Vorsitzes diese Themen aufgreifen wird. Vorsorge rettet Leben. Sie ist auch günstiger in finanzieller Hinsicht, als Krisenreaktion. Die Weltbank hat letztes Jahr eine Studie herausgegeben, in der festgestellt wurde, dass Vorsorge nur ein Siebtel dessen kostet, was die Krisenreaktion kostet. Ich würde die guten Beziehungen zu Deutschland gern fortsetzen und uns darüber austauschen, worin die Herausforderungen für das humanitäre System liegen und wie wir sie gemeinsam angehen können. Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, wie man das Interesse für unsere Arbeit weiter erhöht und wie man weitere Geber gewinnen kann. Ich bin sicher, dass uns Deutschland darin unterstützen wird.

Das Gespräch in englischer Sprache fand am 23. Februar 2011 in Berlin statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß. Die Aktualisierungen zu Japan wurden am 28. März 2011 per E-Mail übermittelt.

## »Humanitäre Hilfe braucht keinen militärischen Schutz«

Interview mit **Hansjörg Strohmeyer**, Leiter der Unterabteilung Politikentwicklung und Studien beim Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) der Vereinten Nationen, über die humanitäre Arbeit der UN in gefährlichen Gebieten.

**Frage: Sie waren als Leiter der Unterabteilung Politikentwicklung maßgeblich an der Ausarbeitung der neuen OCHA-Studie ›To Stay and Deliver‹ beteiligt. In der Studie geht es darum, wie die UN auch in gefährlichen Gebieten dennoch humanitäre Hilfe leisten können. Das Problem ist nicht neu: humanitäre Helfer mussten schon immer auch in schwierigem Umfeld arbeiten. Warum also diese Studie? Was hat sich geändert?**

**STROHMEYER:** Geändert haben sich sowohl die Quantität als auch die Qualität der Angriffe auf humanitäre Helfer. Zunächst einmal zur Quantität: die Anzahl der humanitären Helfer, die bei ihrer Arbeit ums

Leben kamen, hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht – bis zu über einhundert Tote pro Jahr. In puncto Qualität hat sich geändert, dass Mitarbeiter der UN jetzt auch gekidnappt werden, dass verstärkt Anschläge auf UN-Einrichtungen verübt werden, dass UN-Fahrzeuge auf offener Straße von Rebellen oder Kriminellen beschlagnahmt werden und so weiter. Das hat eine ganz neue Qualität.

**Ist das wirklich neu?**

Neu ist, dass es nicht mehr tabu ist, die ›blaue Flagge‹ anzugreifen. Der Schutz, den die Symbole, also das Rotkreuz-Symbol oder die UN-Flagge, noch vor Jahren gegeben haben, ist nicht mehr überall gegeben. Dies trifft vor allem auf Gebiete zu, wo starke politische Spannungen bestehen. Wenn wir heute auf Afghanistan oder Irak schauen: dies sind sehr politische Kontexte, und es ist den Leuten vor Ort nur schwer klar zu machen, dass die Organisationen, die neu ins Land kommen, nur humanitär sein sollen. Sie werden

von den Menschen häufig im Zusammenhang mit den übergreifenden politischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen gesehen.

### **Was kann man dagegen tun?**

Es ist ganz einfach: humanitäre Organisationen arbeiten im Feld. Sie müssen nah an den Menschen sein. Sie können nicht 150 Kilometer entfernt ihren Standort haben, sondern müssen dort präsent sein, wo sie auch wirklich helfen können. Um dies bewerkstelligen zu können, müssen sie von der jeweiligen Gemeinde und ihren politischen oder religiösen Führern akzeptiert werden. Um also irgendwo hingehen zu können oder zu bleiben, müssen sie die Möglichkeit haben, sich mit den Leuten zu unterhalten. Sie müssen Vertrauen aufbauen, sie müssen die lokale Bevölkerung daran gewöhnen, dass die humanitären Helfer da sind, sie damit vertraut machen, was sie dort tun, welche Leistungen sie ihnen zukommen lassen – einfach zuhören, ob sie die Hilfe wollen oder nicht, und welche Auswirkungen die Hilfe für die verschiedenen Gruppen hat. Dies geschieht in einem Dialog. Akzeptanz ist ein Prozess und keine einmalige Angelegenheit. Man muss das Vertrauen erst mühsam bilden – manchmal dauert dies Wochen oder gar Monate.

### **Reden Sie mit allen, auch mit Rebellenführern?**

Ja, wir müssen mit jedem ins Gespräch kommen, der irgendeinen Einfluss auf die Sicherheitslage hat. Das sind manchmal Gruppen, mit denen man vielleicht nicht so gerne redet. Schlimmer ist jedoch, wenn man uns nicht mit wichtigen Personen reden lässt, mit Politikern etwa, weil sie auf irgendwelchen Terror-Listen stehen oder weil es Leute sind, die man politisch in eine bestimmte Ecke gestellt hat oder mit denen man nicht verhandeln will. Das ist für die humanitäre Hilfe nachteilig. Es ist ein Kernaspekt der humanitären Hilfe, dass man mit jedem reden muss, der Einfluss darauf hat, dass Hilfsgüter von A nach B kommen.

### **Reicht denn das Reden?**

Akzeptanz schaffen besteht nicht nur aus Reden, sondern bedeutet, das Vertrauen der lokalen Bevölkerung durch Präsenz und konstanten Dialog zu stärken. Allerdings sehen wir auch ein, dass bei unberechenbaren Sicherheitsverhältnissen in manchen Gebieten Akzeptanz alleine nicht reicht und durch physische Sicherheitsmaßnahmen ergänzt werden muss. Aber: Sicherheit kann nicht das einzige Paradigma sein. Für die humanitäre Arbeit ist das Hauptparadigma, Akzeptanz zu schaffen. Längerfristig schafft dies eine größere Sicherheit und darf deshalb nicht aufgegeben werden, wenn weitere Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden. Die UN leisten also nicht nur dann humanitäre Hilfe, wenn sie mit einer Eskorte und großem Sicherheitsapparat ankommen. Vielmehr gilt es in erster Linie, Vertrauen zu schaffen.

## **Hansjörg Strohmeyer**

Hansjörg Strohmeyer, geb. 1962, ist Leiter der Unterabteilung Politikentwicklung und Studien beim Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) in New York. Im Laufe seines UN-Dienstes war der deutsche Jurist und Politikwissenschaftler in verschiedenen UN-Missionen im Einsatz unter anderem in Kosovo, Liberia oder Sudan. Vor seiner jetzigen Tätigkeit bekleidete er das Amt des Stabschefs und obersten Politischen Beraters der Internationalen unabhängigen Untersuchungskommission der Vereinten Nationen (UNIIC) in Beirut. Von August 2004 bis Mai 2005 war Strohmeyer Stabschef der Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS), davor im Jahr 2003 Stabschef und Sonderberater für den Sonderkoordinator für humanitäre Maßnahmen in Liberia.

Dann wird geschaut, welche Sicherheitsrisiken und Bedrohungen bestehen und wie man sie durch geeignete Maßnahmen angeht.

### **Und wenn es dann doch zu gefährlich wird?**

Wir in den Vereinten Nationen haben gelernt, dass es immer schlecht ist, wenn man sich zurückzieht. Ist man einmal raus, sehen es die Menschen als einen Vertrauensbruch an. Und wenn man einmal raus ist und dann im Gefolge einer groß angelegten Militärintervention, einer politischen Intervention oder einer erhöhten politischen Aufmerksamkeit wieder in ein Land zurückkehrt, dann sagen die Leute: Damals seid ihr weggegangen als es gefährlich war, jetzt kommt ihr wieder zurück. Können wir uns darauf verlassen, dass ihr jetzt wirklich bleibt?

Zum anderen ist es sehr schwer, begrifflich zu machen, dass es nichts mit der Politik zu tun hat, wenn man wieder zurückkommt. Die humanitäre Hilfe der UN muss vor Ort bleiben, um ihre Mandate zu erfüllen. Denn weder das Mandat des Hohen Flüchtlingskommissars, des Welternährungsprogramms, von UNICEF noch von OCHA ist die Friedenssicherung. Die Mandate sind, Flüchtlinge oder Binnenvertriebene mit Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten und Zelten zu versorgen. Wenn man dies mit der Friedenssicherung verbinden kann, soll man das tun. Man sollte es nicht tun, wenn man dadurch den Eindruck erweckt, man sei Teil der Regierung oder Teil der politischen oder militärischen Agenda.

### **Wie kann man als humanitärer Helfer unabhängig, neutral und unparteiisch sein, wenn man gleichzeitig militärischen Schutz braucht?**

Den braucht man nicht. Es gibt nichtstaatliche Organisationen, wie das Rote Kreuz, die ohne militärischen Schutz auskommen. Wenn man das Vertrauen hat, kann man mit jedem reden, und mit jeder Gruppe gibt es auch Möglichkeiten, sich auf bestimmte Regeln zu verständigen. Dies bedeutet nicht, dass es keine Sicherheitsrisiken gibt. So haben uns in den letzten Jahren Minen, so genannte IEDs (Improvised Explosive Devices), zu Deutsch Unkonventionelle



Anja Papenfuß und Hansjörg Strohmeyer am 23. Februar 2011 in Berlin. Foto: Ulrich Keller

Spreng- oder Brandvorrichtungen (USBV), und bewaffnete Angriffe politischer sowie krimineller Gruppen sehr zu schaffen gemacht. Von besonderer Bedeutung sind die IEDs; dann müssen die Helfer zum Beispiel in speziell geschützten Fahrzeugen fahren, oder man tauscht Informationen aus über die Strecken, wo diese IEDs besonders eingesetzt werden. Man muss also eine Bedrohungsanalyse machen und sie in sein operatives Konzept einarbeiten. Es wäre eine ganz gefährliche Vereinfachung zu sagen, humanitäre Hilfe in gefährlichen Situationen kann nur mit militärischen Eskorten geleistet werden. Das würde das Ende der humanitären Hilfe sein, wie wir sie kennen.

**Aber die UN praktizieren doch oft diese zivil-militärische Zusammenarbeit. Es gibt Humanitäre Koordinatoren in den UN-Friedensmissionen ...**

Die muss es auch geben. Ohne militärischen Schutz zu arbeiten, heißt ja nicht, dass man nicht mit dem Militär redet. Das Militär macht seinen Job, und wir machen unseren Job. Da gibt es immer wieder die Notwendigkeit, sich auszutauschen. Zum Beispiel in den Kriegen in Libanon, Afghanistan oder Irak haben wir jeweils Personen vor Ort gehabt, die sich mit den Militärs austauschen. Das nennt man ›deconflicting‹. Wir hatten OCHA-Leute in Tampa bei den amerikanischen Streitkräften oder in Doha oder in Tel Aviv, die dort in den Ministerien oder in den Kontrollzentren mit den Verantwortlichen gesprochen haben. So wird zum einen die Sicherheit der humanitären Helfer gewährleistet, zum anderen auch sichergestellt, dass die Hilfsgüter auch während eines laufenden bewaffneten Konflikts zu den Bedürftigen gebracht werden können. Unsicherheit heißt nicht, dass Hilfe zu leisten, unmöglich ist. Unsicherheit heißt auch nicht, nur auf Sicherheit zu setzen. Man muss zuerst vor allem verstehen, was die Unsicherheit hervorruft.

**Was könnte das zum Beispiel sein?**

Es ist größtenteils Misstrauen. Die IEDs oder Bomben oder Schüsse fallen ja nicht von allein, sondern werden von Menschen abgegeben. Da herrschen häufig Misstrauen, Feindseligkeit und manchmal auch Kriminalität. Man weiß, dass Kriminalität oft aus ökonomischem Interesse entsteht. Den Kriminellen ist es aber wichtiger, an ein Auto heranzukommen, als einen Menschen umzubringen. Dies ist eine ganz andere Art von Risiko, als wenn man in einem Gebiet arbeitet, wo es den Leuten darauf ankommt, die UN anzugreifen oder humanitäre Mitarbeiter umzubringen.

**Doch die Neutralität kann man nicht wieder zurückgewinnen, oder?**

Das würde ich so nicht sagen. Ich glaube, man muss schon deutlich zeigen, dass die UN-Flagge Schutz bieten muss. Eine Maßnahme, um die Neutralität wieder zurückzugewinnen, wäre beispielsweise, von den Regierungen zu fordern, dass sie Personen verurteilen, die Anschläge auf die UN verübt, Autos gestohlen oder Mitarbeiter getötet haben. Wir wollen sehen, dass wirklich jemand vor ein nationales Gericht oder vor den Internationalen Strafgerichtshof kommt, angeklagt und verurteilt wird.

Aber in bestimmten Krisen darf die UN auch nicht neutral sein. Die UN müssen Flagge zeigen und Völkerrechtsverletzungen, Massenmorde oder Vergewaltigungen verurteilen. Sie müssen dafür sorgen und dazu beitragen, dass die Zivilbevölkerung geschützt und Verbrecher gefasst und verurteilt werden. Daher ist für uns ›Humanitäre‹ die Unparteilichkeit bei der Vergabe der Hilfsmaßnahmen das Allerwichtigste. Das heißt, für uns spielt es keine Rolle welcher Religion, ethnischen Gruppe oder politischen Gesinnung Bedürftige angehören, und ob sie unter Kontrolle derer sind, die politisch ›gut oder böse‹ sind. Alle Notleidenden haben den gleichen Anspruch auf Hilfe.

**Würden Sie auch die Taliban versorgen?**

Wir würden auch die Menschen versorgen, die in von Taliban kontrollierten Gebieten leben – nicht die Taliban als Kämpfer, aber die Bevölkerung, die in von den Taliban kontrollierten Gebieten leben. Das haben wir bis zum Herbst 2001, als die Taliban gestürzt worden sind, für vier oder fünf Jahre genau so gemacht: die Hilfsorganisationen, die humanitäre Hilfe leisten, sind das soziale Netz gewesen für die Afghanen unter den Taliban. Das Ziel humanitärer Hilfe ist, Not zu lindern, nicht politische Lösungen herbeizuführen. Das mag radikal klingen, ist aber zum Schutz der vielen tausend humanitären Helfer überall in der Welt unverzichtbar.

Das Interview mit Hansjörg Strohmeyer fand am 23. Februar 2011 in Berlin statt. Die Fragen stellte Anja Papenfuß.